

18.33

**Abgeordneter Peter Wurm** (FPÖ): Herr Präsident! Frau Minister! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuseher zu Hause! Zuerst darf ich die Besuchergruppe aus Hollabrunn recht herzlich hier im Hohen Haus begrüßen. *(Beifall bei FPÖ und Grünen.)*

Ja, wir schreiben Tag drei nach der Bundespräsidentenwahl, und ich muss leider sagen, wir sind in der Realität angekommen: Die drei alten Systemparteien Schwarz, Rot und Grün haben leider aus dem Wahlsonntag nichts gelernt.

Wir diskutieren heute die Änderung des Tabakgesetzes. Ich habe es hier mit *(Der Redner hält ein Exemplar des Tabakgesetzes in die Höhe)*: 61 Seiten neuer Gesetzestext. – So viel zu Bürgernähe und Bürokratieabbau.

Vielleicht ganz kurz noch einmal zur Erinnerung, ich glaube, ich muss es ganz klar sagen: Die Österreicher haben mittlerweile die Nase wirklich gestrichen voll. Ich betone das noch einmal, das war am Sonntag auch deutlich erkennbar. Die Österreicher haben genug von diesem Überwachungsstaat, von dieser Verbotskultur, von diesem Bürokratiewahnsinn, von dieser Kontrollsystematik des Staates. Die Österreicher wollen endlich wieder mehr Freiraum. Vor allem haben wir in Österreich genug von der Zerstörung von Kleinbetrieben und der mutwilligen Vernichtung von Arbeitsplätzen, die dieses Tabakgesetz auch wieder mit sich bringen wird.

Was wollen die Österreicher? – Die Österreicher wollen wieder mehr Freiheit, mehr Selbstbestimmung. Die Österreicher wollen wieder selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben leben, wie sie unternehmerisch tätig sind. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Die Österreicher wollen sich auch nicht länger von weltfremden Politikern unterdrücken lassen. Ich werde gleich ausführen, was das mit diesem Tabakgesetz zu tun hat.

Kurz zu den Fakten: Wir sprechen hier vom TPD II, Änderung des Tabakgesetzes. Das ist eigentlich eine EU-Richtlinie, die, wie gewohnt, von der österreichischen Bundesregierung, von der Frau Minister, übererfüllt wird – zum Schaden der Bevölkerung und zum Schaden der Wirtschaft.

Das Interessante dabei oder eben das Fahrlässige ist meiner Meinung nach Folgendes: Die Frau Minister hat es geschafft, in dieses Gesetz die klassische Zigarette hineinzupacken, die E-Zigarette, das sogenannte Dampfen, und den Kautabak hineinzupacken. Sie stellt alles auf eine Ebene; das ist fachlich einmal grundsätzlich falsch. Das zeigen zahlreiche Studien.

Vielleicht ganz kurz zur Erklärung, Frau Minister – Sie wissen es, wir haben es im Ausschuss ja länger diskutiert –: Es gibt nach wie vor keinen wissenschaftlichen Nachweis – Herr Rasinger weiß das in Wirklichkeit auch –, dass Dampfen, also die E-Zigarette, gesundheitsgefährdend ist. Mit Sicherheit hat sie nichts mit Passivrauchen zu tun.

Ähnliche Studien gibt es zum Kautabak, dem berühmten Snus. Der wird jetzt in Österreich auch verboten; auch dazu gibt es keine wissenschaftlichen Studien, die ihn mit der klassischen Zigarette gleichsetzen. Wir haben in Österreich mittlerweile rund 250 000 Dampfer, wie es so schön heißt. Dazu muss man auch ganz klar sagen, der Umstieg auf die E-Zigarette ist bei sehr vielen Rauchern ein wichtiger Schritt, um gesünder zu leben.

Die Erfolgsquote beim Umstieg liegt bei 50 Prozent, im Gegensatz zu Produkten aus der Apotheke, bei welchen die Erfolgsquote bei 2 bis 3 Prozent liegt. Da kann man natürlich auch annehmen – das wird der wahre Hintergrund sein, warum das alles in ein Gesetz gepackt wird –, dass die Frau Minister die 1,7 Milliarden € Steuereinnahmen aus der Tabaksteuer nicht riskieren will und deshalb lieber in Kauf nimmt, dass die Leute vom E-Dampfen abgehalten werden. Oder die Pharmaindustrie will sich da auch noch mehr oder weniger ein bisschen ein Zubrot verdienen.

Auch interessant, aber ganz bedenklich – das finde ich fahrlässig –: Sie verbieten in diesem Gesetz für österreichische Unternehmen den Versandhandel mit diesen Produkten, und zwar national und international. Das macht natürlich überhaupt keinen Sinn, wenn man weiß, dass die ganze Welt im Internet einkauft. Auch die Österreicher werden weiterhin diese Produkte kaufen, dann allerdings im Ausland, ohne Steuergelder in Österreich abzuliefern.

Sie haben jetzt die Schockbilder eingeführt, dafür gibt es aber keine Angaben zu Inhaltsstoffen mehr, was Teer betrifft. Sie machen ein Werbeverbot, Sponsoringverbot, Verkaufsförderungsverbot für Trafikanten und E-Händler, eine Zigarettenautomatenreduktion, eine Gewinnspannenreduktion für Trafikanten von 18 auf 13 Prozent. Da muss man sagen, wir hatten vor knapp 30 Jahren noch 11 000 Trafikanten, mittlerweile sind es 2 600 Trafikanten. Das ist meiner Meinung ein weiterer Anschlag auf die Nahversorgung.

Sie haben es bei der Post geschafft, die Nahversorgung mehr oder weniger abzuschaffen. Und Sie werden es wahrscheinlich auch im Trafikantenbereich noch schaffen, wenn Sie so weitermachen.

Es gibt Beipackzettelverordnungen, aufwendige Datensammlungen, Zulassungsanträge, und, und, und; und Sie haben in Zukunft die Möglichkeit der Verordnungsermächtigung, also am Parlament vorbei eine Verordnung zu erlassen, bei der wir nicht mehr mitreden dürfen. Das Allerschlimmste finde ich – und das ist mein Riesenvorwurf –: Es steht in diesen 61 Seiten **nicht ein** Wort vom Jugendschutz – nicht ein Wort, nicht ein Satz! Da hätten Sie mit uns Freiheitlichen ohne Weiteres eine Basis gefunden, wenn es um den Jugendschutz geht, aber was Sie machen, ist, Sie wollen den Österreichern, erwachsenen Menschen vorschreiben, wie sie ihr Leben zu leben haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meiner Ansicht nach ist dieser Krieg gegen Raucher, den Sie hier führen, mehr oder weniger fast schon ein Glaubenskrieg. Ich finde, das ist der falsche Weg. Sie machen genau das, was Sie uns aktuell auch immer wieder vorwerfen, Sie spalten in Wirklichkeit die Gesellschaft in Raucher und Nichtraucher. Das ist mit Sicherheit der ganz, ganz falsche Weg.

Was werden wir Freiheitlichen machen? – Wir werden eine Front gegen diese Diktatur bilden – und da gibt es die ersten Initiativen –, und zwar eine Front sowohl aus Rauchern, Trafikanten, E-Zigarettenhändlern als auch aus Gastronomen, die unter diesen Entwicklungen sehr stark zu leiden haben. Wir werden vor allem auch die ÖVP da einmal in die Pflicht nehmen, denn das Gleiche machen Sie im Übrigen bei der Registrierkassenpflicht zwischen Vereinen und Gastronomen, bei der Sie die Leute gegeneinander ausspielen. *(Zwischenruf des Abg. **Loacker.**)*

Ich möchte schon erwähnen, dass wir hier im Parlament 14 Abgeordnete haben, die beim Wirtschaftsbund sind – zusätzlich zwei von der roten Seite, der Herr Matznetter ist nicht da –, die immer dann ganz toll für die Wirtschaft und die Unternehmer sprechen, wenn sie in der Wirtschaftskammer oder beim Wirtschaftsbund sind, und hier dann genau diese Gesetze beschließen, die der Wirtschaft ganz massiv schaden.

Wir werden auch so etwas wie einen elektronischen Pranger einführen, mit dessen Hilfe Unternehmen in Österreich diese Namen auch einmal nachlesen können und sehen, wie Sie hier im Parlament abstimmen und was Sie draußen erzählen. Ich darf nur erwähnen, wenn ein Gewerkschafter hier im Parlament für die 60-Stunden-Woche votiert, dass sie ihn dann normalerweise bei der Gewerkschaft wahrscheinlich hochkantig hinausschmeißen würden. Die Abgeordneten vom Wirtschaftsbund dürfen hier im Parlament aber andauernd Gesetze gegen die Wirtschaft machen, und das muss irgendwann einmal aufhören. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ganz kurz zum Schluss: Wir Freiheitlichen stehen eindeutig für die Wahlfreiheit der erwachsenen Bürger hier in Österreich und eine aktive Wirtschaftspolitik für Klein- und Mittelbetriebe. Aufgrund dessen darf ich hier ganz kurz noch – ich zeige es auch her *(der Redner stellt eine Zeitschrift mit dem Titel „Flagge zeigen“ und dem Abbild Norbert Hofers auf das Rednerpult)* – Flagge zeigen für Unternehmer und für die Freiheit in Österreich.

In diesem Sinne darf ich folgenden Antrag einbringen:

### **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen betreffend TabakgesetzNEU

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Gesundheitsministerin, wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die eine Rücknahme der Tabakgesetznovellen 2015 und 2016 zum Inhalt hat.“

\*\*\*\*\*

Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

18.42

**Präsident Karlheinz Kopf:** Der von Herrn Abgeordnetem Wurm eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

*Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:*

### **Entschließungsantrag**

*der Abgeordneten Peter Wurm und weiterer Abgeordneter betreffend TabakgesetzNEU eingebracht in der 123.Sitzung des Nationalrates am 27.04.2016 im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 14: Bericht des Gesundheitsausschusses über die Regierungsvorlage (1056 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Herstellen und das Inverkehrbringen von Tabakerzeugnissen sowie die Werbung für Tabakerzeugnisse und den Nichtraucherchutz (Tabakgesetz) und das Bundesgesetz, mit dem die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH errichtet und das Bundesamt für Ernährungssicherheit sowie das Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen eingerichtet werden (Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz - GESG) geändert werden (1088 d.B.)*

*Die Tabakgesetznovellen 2015 und 2016 haben für die österreichischen Raucher, aber auch die Gastronomen, Trafikanten und die E-Zigarettenhändler sachpolitisch nicht zu rechtfertigende massive Einschränkungen gebracht. Das absolute Rauchverbot in der Gastronomie, aber auch die weitergehende Einschränkungen der Berufsausübung für Trafikanten und E-Zigarettenhändler gefährden und vernichten Arbeitsplätze, bringen aber im Hinblick auf den Gesundheits- und Jugendschutz tatsächlich keine Verbesserungen. Vor diesem Hintergrund sollten diese Novellen wieder zurückgenommen werden, um der österreichischen Rauchkultur und damit den betroffenen Konsumenten- und Berufsgruppe einen in einer westlichen Demokratie und Gesellschaftsordnung Freiraum zu schaffen. Der bisher eingeschlagene Weg einer fortgesetzten Verbotskultur muss umgehend gestoppt und revidiert werden.*

*Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden*

#### *Entschließungsantrag*

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

*„Die Bundesregierung, insbesondere die Gesundheitsministerin, wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die eine Rücknahme der Tabakgesetznovellen 2015 und 2016 zum Inhalt hat.“*

\*\*\*\*\*

**Präsident Karlheinz Kopf:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Kucher. – Bitte.